Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **BV 23/4405**

Fachbereich	Datum	
Fachbereich 4 - Bauen, natürliche Lebensgrundlagen und Eigenbetrieb WBL	05.06.2023	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	29.06.2023	Ö
Stadtrat	13.07.2023	Ö

Erlass einer Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen

Sachverhalt:

Das Land Rheinland-Pfalz hat mit Gesetz vom 05.05.2020 die grundsätzlich flächendeckende Einführung des wiederkehrenden Straßenausbaubeitrags beschlossen. Einmalige Straßenausbaubeiträge für Verkehrsanlagen nach der derzeit noch geltenden „Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung)“ sind zukünftig nicht mehr möglich. Ausnahmen können nur noch für Maßnahmen, die bis zum 31.12.2023 begonnen werden, in Anspruch genommen werden.

Bereits am 23.06.2020 erfolgte hierzu eine ausführliche Informationsveranstaltung im Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lahnstein. Herr Dr. Gerd Thielmann, Referent des GStB, erläuterte damals sehr eindrucksvoll die Änderungen, die mit der Einführung des wiederkehrenden Ausbaubeitrags (wkB) einhergehen.

Die geänderte Rechtslage macht den Erlass einer neuen Satzung erforderlich. Die Verwaltung hat bei der Erarbeitung des Satzungsentwurfs der „Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen“ die aktuelle Mustersatzung des Gemeinde- und Städtebundes als Grundlage genutzt.

Es gibt jedoch einige Punkte, die dennoch individuell in den einzelnen Gemeinden gesehen und berücksichtigt werden müssen. Der Satzungsentwurf wurde daher mit einem Arbeitskreis aus Vertretern aller Fraktionen in 3 Arbeitskreissitzungen erläutert und besprochen.

Ein besonderes Augenmerk galt dabei folgenden Themen:

1. Abrechnungsmodell (A-Modell oder B-Modell)

Der Empfehlung des GStB und vielen anderen Kommunen folgend, verständigte man sich auf das A-Modell. Bei diesem erfolgt eine Spitzabrechnung nach den in der Abrechnungseinheit tatsächlich entstandenen Kosten. Der Beitragssatz ändert sich hierbei, den jeweiligen Aufwendungen entsprechend. Die sachliche Beitragspflicht entsteht zum 31.12. eines Jahres.

2. Feststellung der Ermittlungsgebiete (Abrechnungseinheiten)

Nach eingehender Prüfung und auch Abstimmung mit Herrn Dr. Thielmann wurde das Stadtgebiet in insgesamt acht Abrechnungseinheiten aufgeteilt. Dabei wurden Zäsuren wie Bahnlinie, Flusslauf (Lahn), Höhenunterschiede, Außenbereichsflächen und Gemarkungs-/Ortsbezirksgrenzen berücksichtigt. Zur weiteren Begründung wird auf die im Anhang beigefügte Anlage 1 – Begründungen zur Bildung der Abrechnungseinheiten gem. § 10a Abs. 1 KAG und den Lageplan verwiesen.

3. Stadtanteil

Des Weiteren wurde für jede Abrechnungseinheit ein Stadtanteil ermittelt und in der Satzung vorgesehen. Der Stadtanteil muss dem Verkehrsaufkommen entsprechen, dass nicht den Beitragsschuldnern zuzurechnen ist und beträgt nach § 10a Abs. 3 KAG mindestens 20 vom Hundert. Im Gegensatz zum bisherigen Recht ist jedoch nicht mehr vom Verkehr einer Verkehrsanlage auszugehen, sondern die neu geschaffenen Zonen sind in ihrer Gesamtheit zu sehen sowie deren Verkehrsverhältnis zueinander.

Dabei ist weiterhin zu beachten, dass die Straßen in den jeweiligen Abrechnungseinheiten zunächst den Anliegerverkehr der dort wohnenden Anwohner sowie evtl. vorhandener Geschäfte, Gastronomiebetriebe, Gewerbebetriebe, Schulen, Arztpraxen usw. aufnehmen. Nur der Verkehr, der eine Abrechnungseinheit zum Durchfahren nutzt um zum Zielort zu gelangen, ist dem klassischen Durchgangsverkehr zuzuordnen.

Im Gegensatz zum einmaligen Ausbaubeitrag fällt der Stadtanteil aufgrund der Bildung von Abrechnungsgebieten geringer aus.

Von den neuen Abrechnungseinheiten werden nunmehr eine Vielzahl von Straßen erfasst, die jetzt alle dem Anliegerverkehr zuzuordnen sind. Der Anteil der Verkehrsteilnehmer, welche die Abrechnungseinheit nur durchfahren wollen, verringert sich dadurch. Dies hat zur Folge, dass der Durchgangsverkehr bei der Ermittlung des Stadtanteils weniger relevant ist.

4. Beitragsmaßstab

Als Beitragsmaßstab diente bisher der Geschossflächenmaßstab. Im wiederkehrenden Beitrag kommt fast ausschließlich als Maßstab die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse zu Anwendung. Diese findet in der Stadt Lahnstein bereits in der Entgeltsatzung Abwasserbeseitigung Anwendung,

wenn es um die Erhebung des einmaligen Abwasserbeseitigungsbeitrags für Schmutzwasser geht. Nach Abwägung anhand von Berechnungsmodellen ist ein von Vollgeschosszuschlag 20 vom Hundert je Vollgeschoss vorgesehen.

5. Verschonungsregelung

Die Verschonungsregelung wurde der Mustersatzung entsprechend gewählt. In den Arbeitskreissitzungen wurden hierzu ausführliche Unterlagen vorgelegt aus denen ersichtlich ist, wie sich die Regelung auf die einzelnen Verkehrsanlagen, in denen Ausbaumaßnahmen stattgefunden haben, auswirken. Maßgeblich ist grundsätzlich der Umfang des Ausbaus, der maximal zu einer Verschonung von 20 Jahren führen kann.

6. Inkrafttreten

Wie eingangs erwähnt, ist der wkB spätestens zum 01.01.2024 einzuführen. Eine frühere Einführung des wkB oder sogar eine rückwirkende Einführung wurde jedoch nicht beabsichtigt, da dies auch organisatorisch kaum umsetzbar gewesen wäre.

In der zweiten Arbeitskreissitzung wurde jedoch diskutiert, ob ggf. eine spätere Einführung für die Abrechnungseinheit Friedland infrage kommt. Von Seiten der Fraktionsvertreter wurde dies jedoch offengelassen.

Von Seiten der Verwaltung wurde daher, dem Grundsatz der gesetzlichen Einführungspflicht entsprechend, für alle Abrechnungseinheiten die Einführung des wkB zum 01.01.2024 und gleichzeitig die Aufhebung der bisherigen Ausbaubeitragssatzung zum 31.12.2023 vorgesehen.

Finanzierung:

§ 17 Abs. 1 Nr. 4 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) regelt, dass die umstellenden Kommunen eine Ausgleichszahlung von 5 Euro je Einwohner im Abrechnungsgebiet erhalten, sofern der entsprechende Satzungsbeschluss nach dem 01.02.2020 gefasst worden ist und die Satzung bis spätestens 01.01.2024 in Kraft tritt.

Auswirkungen Umweltschutz:

Der Erlass einer neuen Ausbaubeitragssatzung hat unmittelbar keine Auswirkungen auf den Umweltschutz.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen einschl. Anlagen wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Anlagen:

Satzung „wiederkehrender Beitrag“ mit Satzungs begründung

Lageplan

(Lennart Siefert)
Oberbürgermeister